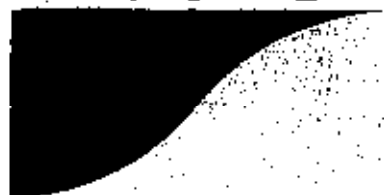


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Frank Dahrendorf, Berlins Senator für Inneres, setzt sich für Besonnenheit in der Auseinandersetzung mit Hausbesetzern ein: Berlin kann den Teufelskreis durchbrechen.

Seite 1-3

Dietrich Sperling MdB sieht in dem CDA-Thesenpapier zum Wohnungsbau eine Unterstützung der Bundesregierung: Sozialausschüsse auf dem richtigen Weg.

Seite 4

Hermann Rappe MdB untersucht die Tradition der Einheitsgewerkschaft: Auf dem Prüfstand.

Seite 5/6

Dokumentation

Offener Brief von Wolfgang Schwenk MdB zu einer Dö- nitz-Anzeige im Verbands- blatt "Die Bundeswehr".

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 39

25. Februar 1981

Berlin kann den Teufelskreis durchbrechen

Besonnenheit ist kein Ausdruck von Zaghaftigkeit

Von Frank Dahrendorf
Berlins Senator für Inneres

In diesen Tagen, da Berlin oft mit Hausbesetzungen Schlagzeilen macht, wird immer wieder die Frage gestellt: Wie kann dieses Problem gelöst werden? Und: Hat der Weg der Vernunft, den der Berliner Senat eingeschlagen hat und konsequent verfolgt, überhaupt eine Chance oder führt er in eine Sackgasse?

Der Senat ist der festen Überzeugung, daß nur mit Besonnenheit und Festigkeit über politische Lösungen diese Entwicklung zu meistern ist. Dazu sind bereits erste konkrete Schritte eingeleitet worden. Es wäre aber eine Fehleinschätzung, wenn diese Besonnenheit als Zaghaftigkeit mißverstanden würde.

Die Polizei kann gesellschaftspolitische Probleme nicht lösen. Ebenso wenig dürfen sie auf ihrem Rücken ausgetragen werden. In den bisherigen Auseinandersetzungen hat sie bei ihrem Vorgehen im Rahmen der Rechtsordnung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt und mit dazu beigetragen, daß eine weitere Eskalation und Konfrontation vermieden wurde, die sich in einer Explosion entladen kann.

Natürlich wäre die Berliner Polizei in der Lage, besetzte Häuser zu räumen. Sie müßte das auch tun, wenn sich herausstellt, daß von allen oder einigen Hausbesetzern und ihren Unterstützern andere Lösungen in Wahrheit nicht gewollt und stattdessen die gewaltsame Auseinandersetzung gesucht wird.

Auf eine Kurzformel gebracht: Das Suchen nach politischen Lösungen ist nicht Ausdruck eines schwachen Staates, sondern von Gelassenheit und Selbstvertrauen - also von Stärke.



Was sich gegenwärtig in Berlin wie unter einem Brennglas verschärft zeigt, ist keine Berliner Eigenheit oder Erfindung. Es ist ein Stadtproblem. Hausbesetzungen, weil es an Wohnungen, vor allem an preiswerten fehlt, legen eine Wunde frei, die nicht mit herkömmlichen Salben zu heilen sind, sondern nur durch einen konzeptionellen Neueinstieg in die Sanierungs-, Wohnungs- und Gesellschaftspolitik.

Die Ursachen liegen noch tiefer: In der Konfrontation der Generationen. Wenn junge Menschen in Amsterdam oder Zürich, in Hamburg, Göttingen oder Berlin handfeste Mängel und Mißstände aufzeigen, ihren Protest dagegen mit einer bis dahin selten beobachteten Rigorosität artikulieren, dann muß die Frage lauten: Was haben wir falsch gemacht? Wir, die Älteren, die Eltern, Erzieher, Politiker, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften.

Ist es nur die Unübersichtlichkeit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen, mit all den Spannungen, die sich daraus ergeben? Ist es die Undurchsichtigkeit von Ereignissen? Oder ist es nicht so, daß es an Glaubwürdigkeit mangelt, in der Argumentation, im Umgang, im administrativen Handeln?

Dem Staat ist hier - wie überhaupt immer - die Aufgabe gestellt, Impulse der Gesellschaft aufzugreifen und im Interesse des Gemeinwohls zu verarbeiten. Auch dann, wenn gegensätzliche Interessen bestehen. Auf der Grundlage gegenseitiger Respektierung kann dabei über vieles gesprochen werden. Was jedoch nicht akzeptiert werden kann, ist die Hemmungslosigkeit im Austragen von Konflikten, um mit den Mitteln der Gewalt gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen und zu verändern. Physische Machtanwendung und erpresserischer Druck führen - wie es Hamburgs früherer Bürgermeister Herbert Weichmann einmal sagte - zu einer Verformung der Demokratie.

In dieser Dynamik unterschiedlicher Interessen steht die Polizei. In diesem Spannungsfeld hat sie die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu wahren. In der festen Überzeugung, daß mit der Beseitigung eines wohnungspolitischen Mißstandes mehr zur Gefahrenabwehr getan werden kann als mit einem noch so energischen Vorgehen von Polizei und Justiz gegen Hausbesetzer, räumt der Berliner Senat deshalb der politischen Lösung dieses schwierigen Problems eindeutigen Vorrang ein. Damit sollen Mißstände und Versäumnisse, die von niemandem bestritten werden, von der Wurzel her angepackt werden. Denn: Permanente Wohnungsnot auf der einen Seite, fast 650 ganz oder teilweise leerstehende Häuser auf der anderen Seite sind ein unhaltbarer Zustand.



Unsere Demokratie ist stark genug, um auch jene zu ertragen, die alternativ leben wollen. Wenn junge Leute, die sich an unserer Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft wundgestoßen haben, es vorziehen, in Gruppen zu leben und zu arbeiten, so können sie es tun, so sollen sie es tun. Wenn sie ihr Vorgehen mit einem hohen moralischen und sozialen Anspruch verbinden und rechtfertigen, dann soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, diesem Anspruch gerecht zu werden. Der Senat hat deshalb als einen ersten Schritt 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt, um die Fehlentwicklungen in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik zu überwinden. Das heißt: Verringerung der Leerstände, sinnvolle Zwischennutzung, Eigenhilfe, Erprobung alternativer Lebens- und Gestaltungsmöglichkeiten, Mitwirkung der Mieter an der Modernisierung.

Aber es gibt Grenzen. Es kann weder zugelassen werden, daß sich in Berlin eine Art "Freier Republik SO 36" etabliert, noch kann hingenommen werden, daß alternatives Leben zu Lasten der Allgemeinheit und auf Kosten und unter Verletzung des Rechtes Dritter sich vollzieht. Die legale Entmietung kann auf Dauer nicht abgelöst werden durch illegale Besetzungen mit dem Anspruch darauf, sie in jedem Fall in eine legale Besitznahme umzuwandeln.

Weil Gewalt kein Mittel zur Lösung gesellschaftspolitischer Probleme ist, weil Steine keine Argumente ersetzen, weil Glasscherben keine Bausteine sein können, muß in der Besetzerszene der Prozeß der Differenzierung einsetzen und unterstützt werden. Wer das friedliche gesellschaftliche Engagement sucht, muß sich absetzen von jenen, die nur auf Krawall aus sind und einen Mißstand als Vehikel ihrer Staatsverdrossenheit, ihrer Aggression und mit teils krimineller Energie ihrer Zerstörungswut freien Lauf lassen. Das Rechtsempfinden der Bürger und auch der Polizeibeamten in Berlin ist ohnehin einer starken Belastung ausgesetzt, als daß sie diese schrille Begleitmusik auf Dauer ertragen könnten.

Solange Aussicht besteht, ohne massiven Einsatz der Polizei die Unruhe einzudämmen und weitere Straftaten zu verhindern, wird der Senat von Berlin den Weg der Vernunft weiter gehen. Es gibt ermutigende Zeichen. So sind die Straftaten in und aus besetzten Häusern erkennbar zurückgegangen. Die Bereitschaft zu Zwischennutzungen leerstehender Häuser auf vertraglicher Basis liegt vor. Wenn mit einer derartigen Legalisierung auch die Normalisierung im Umgang mit der Polizei einhergeht, hat Berlin die große Chance, als erste Stadt einen gefährlichen Teufelskreis zu durchbrechen.

(-/25.2.1981/ks/ca)

+ + +



Sozialausschüsse auf dem richtigen Weg

CDA-Thesenpapier zum Wohnungsbau unterstützt die Bundesregierung

Von **Dr. Dietrich Sperling** MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft hat in Bonn ein Thesenpapier zum Wohnungsbau vorgelegt, das sich in vielen Punkten in erfreulicher Weise von der offiziellen CDU-Linie abhebt. In einer Reihe von Punkten kommt es dem sehr nahe, was auch die Bundesregierung als dringendste Aufgaben in der Wohnungsbaupolitik ansieht. Dies trifft etwa zu für die Forderung der Sozialausschüsse, die bestehenden Sozialwohnungen auch weiterhin im selben Umfang den geringer verdienenden Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen. Dies trifft ebenso zu für die Forderung, Staffelmieten nur im Neubau zuzulassen, während die CDU dieses Konzept auf den Wohnungsbestand insgesamt ausdehnen will. Dies trifft zu für die schon früher veröffentlichten bodenpolitischen Vorschläge der Sozialausschüsse und ebenso für die Forderung nach einem Abbau der Abschreibungsmöglichkeiten für sogenannte "unechte Zweifamilienhäuser".

Die Sozialausschüsse werden mit ihren Vorschlägen ihrem besonderen sozialen Auftrag ohne Zweifel gerecht. Skeptisch muß man allerdings nach allen Erfahrungen der Vergangenheit in der Einschätzung der Frage sein, wie weit sie sich damit in der eigenen Partei durchzusetzen vermögen. Es steht zu befürchten, daß sich hier eher diejenigen durchsetzen werden, die das Heil allein in Schlagworten wie dem vom "freien Markt, der schon alle Probleme regelt", suchen. Allerdings dürfte es der CDU schwerfallen, nach diesen Vorschlägen der Sozialausschüsse nun den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung weiter mit Vorwürfen wie "sozialistische Planwirtschaft" und anderem mehr zu bedenken.

Die Sozialausschüsse werfen der Bundesregierung, so wie es auch ihre Pflicht als Teil der Opposition ist, "wohnungspolitische Ratlosigkeit" vor. Um dieser Ratlosigkeit abzuhelpen, legen sie gleichzeitig allerdings ein Programm vor, das teilweise sehr den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Aktivitäten ähnelt. Wollten sie hier in ihrer Argumentation konsequent bleiben, dann müßten sie sich schon selbst in den Kreis der "Ratlosen" einordnen.

(-/25.2.1981/ks/ca)

+ + +



Auf dem Prüfstand
-----**Die Einheitsgewerkschaft und ihre Tradition**

Von Hermann Rappe MdB

Stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Hans-Jochen Vogel, der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, gab in seiner Regierungserklärung ein Beispiel, wie eine politische Grundsatzdebatte auszusehen hat: "Ferdinand Lassalle hat einmal gesagt: 'Alle politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist und beginnt damit. Alle politische Kleingeistererei besteht aus dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.' Wer Vertrauen zurückgewinnt, wer von Neuem aufbauen will, tut gut daran, dieser Maxime zu folgen."

Die Entscheidung über das neue Grundsatzprogramm des DGB für das nächste Jahrzehnt muß in einem Zeitpunkt getroffen werden, wo heftige Tarifauseinandersetzungen stattfinden, die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Krisen gebündelt auftreten. Auch weltpolitisch ist die Lage in der Bundesrepublik komplizierter geworden, und angesichts der Besetzung Afghanistans und der noch nicht ausgestandenen polnischen Krise können nur Einäugige davon reden, daß allein die USA den Weltfrieden bedrohen. Die Lage ist also ernst, die Gewerkschaften müssen ihre Verantwortung vor ihren Mitgliedern und dem deutschen Volk bewußt annehmen und ihren Teil dazu tun, damit die Krisen im Interesse der Arbeiter und Angestellten bewältigt werden und sie nicht einseitig die Lasten aufgebürdet bekommen.

Tradition verpflichtet

Wenn die politischen Schönwetterperioden vorbei sind - in denen es bekanntlich keine Kunst ist, politische Erfolge zu erringen - erst dann beginnt die eigentliche Bewährungsprobe und werden Menschen, Parteien und Organisationen wirklich geprüft. In solchen Zeiten ist es wichtig, sich der eigenen Tradition, der eigenen Geschichte zu versichern, um die Kraft aufzubringen, das zu tun, was getan werden muß.

Im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms bekennen sich die DGB-Gewerkschaften erstmals zu ihren Traditionen. Die bisherigen DGB-Programme von 1949 und 1963 konnten darauf verzichten, weil es sich unter den Gewerkschaftern von selbst verstand, daß die Einheitsgewerkschaft politisch nach 1945 vor allem die "freiheitlich-sozialistischen" und "christlich-sozialen Richtungen" zusammengeführt hat.

Bevor die Nazis 1933 jede selbständige Arbeiterorganisation zerschlugen, waren über fünf Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte Mitglieder der auf "der sozialistischen Weltanschauung" gegründeten freien Gewerkschaften. Die "Christen" organisierten circa 800.000 Arbeitnehmer und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, die Liberalen, hatten 1930 168.000 Mitglieder.

Prinzipien der Einheitsgewerkschaft

Angesichts der Trümmer, der Besetzung Deutschlands und dem Ende von Hitlers Verbrecherregime konnte der Neuanfang nur gemeinsam erfolgen. Die Gemeinsamkeit war möglich, weil die früheren Funktionäre dieser drei politischen Richtungsgewerkschaften bei der Gründung des DGB und seiner Einheitsgewerkschaften über folgende Prinzipien ihrer Politik einig waren:



1. Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften - ihre Autonomie - von Staat, Parteien und Kirchen war selbstverständlich. Über die Gewerkschaftspolitik wird im Verband entschieden und sonst nirgends.
2. Gewerkschaftspolitik ist das Ringen um eine menschenwürdigere und gerechtere Gesellschaft hier und heute. Es geht um die aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Interesse der Arbeitnehmer. Gewerkschaften sind Reformer des Alltags.
3. Die demokratische Republik war die Staatsform, die alle drei Richtungen wollten. Den demokratischen Staat wollten sie bewußt mittragen; mittragen heißt aber auch: Ihn mit Entschiedenheit verteidigen und schützen.

Kommunistische Gewerkschaftspolitik

Schon diese drei Punkte markierten deutlich den Unterschied zu den Kommunisten und ihrer Vorstellung von Gewerkschaften. Auch dies als Konsequenz aus den Erfahrungen der zwanziger Jahre. Die Erfahrungen der Zeit von Hitler: Als Richtungsgewerkschaft fungierte im Auftrag der KPD die sogenannte Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO). Ihre Arbeit war eindeutig gegen die freien Gewerkschaften gerichtet. Bis 1929 war es der Parteauftrag jedes Kommunisten, die freien Gewerkschaften durch Fraktionsbildung zu erobern, ab 1929 schaltete die "Rote Gewerkschaftsinternationale" auf bewußte Spaltung und den Aufbau eigener Gewerkschaftsverbände um. Für die RGO war die Führung durch die kommunistische Partei selbstverständlich. Sie wollte ausdrücklich keine parteipolitische Unabhängigkeit, denn die RGO war angetreten, "um das Monopol der Führung der Arbeiterschaft zu erringen". So verkündete es 1929 der erste Führer der RGO, Paul Merker.

Heute wird nun von der DKP und ihren Freunden so getan, als seien diese Fehler alle revidiert, und nach 1945 hätte man doch auch nur die Einheit gewollt. Dabei wird allerdings unterschlagen, daß es eine Einheit unter kommunistischer Führung sein sollte. So wie im anderen Teil Deutschlands, wo der FDGB in Satzung und Programm die Führungsrolle der SED hervorhebt. In diesem Zusammenhang: Die Gründung des FDGB und seine Geschichte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und heutigen DDR sollte deshalb auch in den Gewerkschaften nicht als Randfrage behandelt werden. Besonders lehrreich ist dabei auch die Entstehungsgeschichte des Landesbezirks Berlin des DGB. Aber auch die Erfahrungen, welche in den fünfziger Jahren einzelne DGB-Gewerkschaften, darunter auch die IG Chemie, mit handfesten Unterwanderungsversuchen gemacht haben, können nicht vergessen werden.

Trotz aller wohiklingenden Erklärungen: Die Kommunisten haben weder in den deutschen Gewerkschaften noch anderswo das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten respektiert. In Deutschland rollten Panzer nach 1945 nur einmal gegen streikende Arbeiter, und das war am 17. Juni 1953 in der DDR. Auf diesem Hintergrund ist die schlaue Diskussion über das Hintertürchen im Grundsatzprogramm, daß es auch den Kommunisten erlaubt sein soll, als eine Traditionsströmung des DGB aufzutreten, einfach erbärmlich. Kommunisten wollten Gewerkschaften immer nur erobern oder spalten. Sind es dann "ihre" Gewerkschaften, werden die Andersdenkenden rücksichtslos "ausgeschaltet" und statt innergewerkschaftlicher Wahlen regiert die Partei. Solche Gewerkschaften wollen wir nicht und daß deshalb die Gewerkschaftszerstörer ebenfalls zu unserer Tradition gehören sollen, vermag ich nicht einzusehen.

Aus gutem Grund heißt es deshalb im Grundsatzprogramm-Entwurf, so wie ihn jetzt die Antragskommission vorlegt: "Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung durch den Nationalsozialismus entstanden". Und: "Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar". Das ist eine klare Position, von der nur abrücken kann, wer die Einheitsgewerkschaft aufgeben will. (-/25.2.1981/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In einem Offenen Brief an den Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Heinz Volland, hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Schwenk gegen eine Todesanzeige für den Hitler-Nachfolger Karl Dönitz in dem Verbandsblatt "Die Bundeswehr" protestiert. Der Text lautet:

Wer sind Ihre Helden - die Männer des 20. Juli oder Dönitz?

Seit mehreren Jahren erhalte ich vom Bundeswehrverband die von ihm herausgegebene Zeitschrift. Sie bezeichnet sich als das Fachorgan aller aktiven und ehemaligen Soldaten der Bundeswehr, der Deutsche Bundeswehrverband als die Interessenorganisation aller Soldaten der Bundeswehr (Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit und Wehrpflichtige). Der Verband sieht sich unter anderem als Vertreter der Interessen der Soldaten gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. "Die Bundeswehr" erscheint im 26. Jahr. Entsprechend den obigen Angaben erhebt sie für sich einen hohen und viele betreffenden Anspruch.

In der Ausgabe 2/81 auf Seite 70 hat die Redaktion eine Todesanzeige für Großadmiral Karl Dönitz eingerückt, verstorben am 24. Dezember 1980. Dort steht unter anderem: "Mehr als zwei Millionen Deutsche aus dem Osten verdanken seinem Wirken als letztes Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches Freiheit und Leben. Von seinen Soldaten verehrt, vom Gegner geachtet, im eigenen Lande fast vergessen, wird er als große soldatische Führerpersönlichkeit in die Geschichte eingehen."

Anschließend folgt eine Beschwerde darüber, daß für die Teilnehmer an der Trauerfeier Uniformverbot galt. "Vergangenheitsbewältigung per Uniformverbot soll anscheinend das Gegenstück zur Traditionspflege darstellen."

Sehr geehrter Herr Volland,

hier stellt sich die Frage nach Geschichtsbewußtsein und Vergangenheitsbewältigung durch diejenigen, die für diese Anzeige in "Die Bundeswehr" verantwortlich sind.

Von einer großen soldatischen Führerpersönlichkeit erwarte ich, daß sie von ihrem Oberbefehlshaber bis zur letzten Konsequenz verlangt, einen Krieg zu beenden, der nicht zu gewinnen ist. Daß der Zweite Weltkrieg spätestens seit Stalingrad nicht mehr zu gewinnen war, mußte jedem klar sein. Wo war denn Herr Dönitz, als am 20. Juli 1944 eine Gruppe von Offizieren in schierer Verzweiflung eine Wende versuchte? Wo war denn der Widerspruch der "großen soldatischen Führerpersönlichkeit" gegen große militärische Anstrengungen, die noch bis zum Ende des Krieges nicht dem Schutz der Zivilbevölkerung, sondern der Erreichung des "Endsieg" dienten?

Die Anzeige rühmt, Dönitz hätte mehr als zwei Millionen Deutsche aus dem Osten Freiheit und Leben zu verdanken.

Bereits im Herbst 1944 stand die Rote Armee im ostpreußischen Grenzgebiet. Der ostpreußischen Bevölkerung, voll Vertrauen und Pflichtgefühl, wurde erklärt, das Land sei außer Gefahr. Als dann die Rote Armee zum Angriff antrat, war ein jahrelang überfordertes Heer zur Verteidigung nicht mehr in der Lage.



Wo war der Widerspruch des Herrn Dönitz, als noch im Dezember 1944 eine sinnlose Ardennenoffensive gefahren, statt daß Zivilisten geschützt, ein Ende des Krieges herbeigeführt wurde?

Meine Erfahrungen sind die einer wehrlos dem Bombardement und den vorrückenden Armeen der Gegner ausgelieferten Zivilbevölkerung, von der viele elend zu Tode kamen, während die eigene "Führung" vom Endsieg redete! Mir ist nicht in Erinnerung, daß sich Dönitz dagegen gewandt hätte. Mir ist vielmehr in Erinnerung ein Großadmiral Dönitz, der mit seinem Namen für Krieg bis zum bitteren Ende stand!

Diese Anzeige in "Die Bundeswehr" im 26. Jahr ihres Erscheinens wirft die Frage auf, wie es mit der Vergangenheitsbewältigung wirklich steht. Wer sind ihre Helden - die Männer des 20. Juli oder Dönitz? Ist eine große soldatische Führerpersönlichkeit auch, wer nach dem politischen Sinn seines Tuns nicht fragt? Ist diese jahrzehntelange Diskussion an der Zeitschrift spurlos vorübergegangen? War sie nur eine lästige Formaldiskussion, die im Bewußtsein keine Spuren hinterließ?

Seit Jahren höre ich - auch und gerade aus der Bundeswehr - Klagen über mangelndes Geschichtsbewußtsein der jüngeren Generation, der Wehrpflichtigen. Über mangelndes Verständnis der Wehrpflichtigen für die Anforderungen des Wehrdienstes und seinen Sinngehalt. Ich frage: Welches Geschichtsbewußtsein, welches Sinnverständnis gibt uns "Die Bundeswehr", wenn sie uns eine solche Anzeige präsentiert?

Als Bundestagsabgeordneter habe ich im Übrigen die Verteidigungshaushalte der vergangenen Jahre nicht mitbeschlossen, damit - wie in "Die Bundeswehr" gewünscht - von einem demokratischen Staate verliehene Uniformen bei der Trauerfeierlichkeit eines Mannes gezeigt werden, der in höchster Funktion einem verbrecherischen Regime diente.

Ich sehe Anlaß, bei meinen zahlreichen Begegnungen mit jungen Menschen die Frage nach der Geschichtsbewältigung stets aufs neue zu stellen und daran mitzuwirken, daß sie anders beantwortet wird, als es durch die in Rede stehende Anzeige verdeutlicht wird.

Ich erwarte, daß der Herausgeber sich von dieser Anzeige distanziert.

Hochachtungsvoll

Dr. Wolfgang Schwenk

(-/25.2.1981/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

